



Das Bertelsmann-Imperium, Berlin, Unter den Linden I
foto: arbeiterfotografie.com (2009)

Wie wir entmündigt und entmutigt werden – Neoliberale Gehirnwäsche durch den Bertelsmann-Konzern und seine Stiftung

Vortrag von Rudolph Bauer im Freidenker-Zentrum NRW am 22.10.2016 – eine Zusammenfassung mit Blick auf die Hard- und Software des Konzerns und seine Mechanismen

Der Bertelsmann-Konzern ist ein besonderes Imperium, eine Art Staat im Staat, ausgestattet mit Unsummen von Steuergeldern und -geschenken, die es – genauer die zugehörige Stiftung als eine Säule im Unternehmens-Konstrukt – trotz anerkannter „Gemeinnützigkeit“ zu keiner öffentlich abrufbaren Leistung verpflichten. Der beabsichtigte Eingriff (als Think Tank) wird von der Stiftung – sprachlich verbrämt – und doch unmissverständlich nach kapitalistischer Manier als an den „Grundsätzen des Unternehmertums und der Leistungsgerechtigkeit“ orientiert ausgewiesen. Rudolph Bauer strukturiert und verdeutlicht, wie sich aus sechs Generationen des deutschen Familienunternehmens Bertelsmann / Mohn seit seinen Anfängen 1835 als christlich-protestantischer Buchverlag mit Jahrzehnte langem Vertrieb über Druckerkolonnen (im 2015 eingestellten Bertelsmann-Lesering) ein Global Player mit enormen Einflussmöglichkeiten entwickelt hat:

„Bei Bertelsmann handelt es sich um einen kapitalistischen, d. h. um einen profitgesteuerten Konzern der Bewusstseinsindustrie, der heute zu den weltweit größten seiner Art zählt. Zu dem Konzernverbund gehören die Fernsehgruppe RTL Group, die Buchverlagsgruppe Penguin Random House, der Zeitschriftenverlag Gruner + Jahr, das Musikunternehmen BMG, der Dienstleister Arvato, die Bertelsmann Printing Group, die Bertelsmann Education Group sowie das internationale Fondsnetzwerk Bertelsmann Investments.“

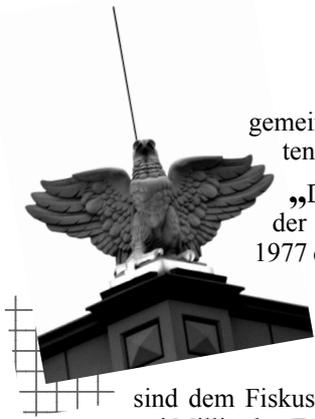
Ein Megaunternehmen

Es wird deutlich, dass die heutigen Unternehmensfelder weit über Medien und Unterhaltung hinausreichen, letztlich in allen Lebensbereichen wie Bildung, Arbeitsmarkt, Kultur und Finanzierungsbeteiligungen Wirkung entfalten. Seit 2016 operiert das umstrukturierte Unternehmen in folgenden acht Bereichen: Fernsehen und Radio, Buchverlage, Zeitschriften, Musikrechte, Dienstleistungen, Bildung, Druck und Investments (Beteiligungen).

Machtsicherung und Steuerverschonung

„Der Bertelsmann-Konzern ist in erster Linie ein profitorientiertes Mega-Wirtschaftsunternehmen. Es agiert weltweit als bewusstseinsindustrielles Firmenkonglomerat der globalisierten Ökonomie. Seine gesellschaftliche Funktion besteht darin, im Interesse der herrschenden Klassen sowohl die Politik zu beeinflussen und zu steuern als auch die Masse der Bevölkerung ideologisch zu manipulieren. Dies gelingt dem Konzern mit Hilfe seiner geballten Medienmacht einerseits und der Stiftung andererseits. Zugleich ist es Aufgabe der Stiftung, mit Hilfe der Konzern-Medien ein Klima dafür zu schaffen, dass sowohl territorial als auch durch das Generieren künstlicher Nachfrage neue Ausbeutungs- und Konsummärkte entstehen.“

Vom Buchverlag über die Ausweitung der Unternehmensaktivitäten in modernes Medien- und Wirtschaftsmanagement – erfolgreich auf dem Gebiet der Digitalisierung von Lerninhalten – expandiert das Familienunternehmen der Sippe Mohn (nach dem Tod ihres Mannes Reinhard im Jahr 2009 ist „Kanzlerfreundin“ Liz Mohn Firmenleiterin) zum Weltkonzern. Ein besonderer Clou liegt in der Gründung einer als



gemeinnützig anerkannten, steuerbegünstigten Stiftung:

„Durch die gleichnamige Stiftung, auf die der Konzern-Eigentümer Mohn im Jahre 1977 drei Viertel des Aktienkapitals des Unternehmens übertragen hatte und die als gemeinnützig anerkannt ist, erfährt der Konzern Steuerverschonungen größeren Ausmaßes. Zum Beispiel

sind dem Fiskus bei Mohns Tod auf diese Weise gut zwei Milliarden Euro Erbschafts- oder Schenkungssteuer entgangen.“

Absage an den Sozialstaat

„Die Bertelsmann-Stiftung erklärt ihren Zweck unmissverständlich: Sie verfolgt das eindeutige Ziel, alle Lebensbereiche umzugestalten und zwar nach den „Grundsätzen des Unternehmertums und der Leistungsgerechtigkeit“ sowie gemäß dem Privatisierungs-Leitbild „so wenig Staat wie möglich“. Treffender lässt sich die gesellschaftspolitische Ausrichtung der Stiftung – und wohlgemerkt: auch die des der Stiftung mit drei Viertel der Anteile zugehörigen Konzerns –, nicht beschreiben. Die Zwecksetzung der Stiftung beinhaltet eine klare Absage gegenüber den Grundsätzen der Aufklärung und des Humanismus: der Freiheit, Gleichheit und geschwisterlichen Gerechtigkeit. Der Idee des Sozialstaats oder gar der einer sozialistischen Gesellschaft wird eine prinzipielle Absage erteilt.“

Autarkes Vorgehen nach eigenem Leitbild

Diese Stiftung arbeitet nach eigener gesellschaftspolitischer Vorstellung als „operative Stiftung“, es werden weder Fördermittel noch Stipendien vergeben. Da gibt es „Projekte“ die „gemäß unserem Leitbild“ entwickelt und durchgeführt werden. Weiter O-Ton der Stiftung in „Schön-sprech“: „Gesellschaftliche Herausforderungen aufgreifen und nachhaltig in die Gesellschaft hineinwirken: So arbeiten unsere Projekte... Wir investieren unsere Mittel fast ausschließlich in Projekte, die wir selbst konzipieren und initiieren und – wenn möglich – auch selbst umsetzen. Dabei kooperieren wir eng mit den relevanten Entscheidungsträgern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie öffentlichen und wissenschaftlichen Institutionen. Innovativ und effizient“ (1)

Von der Hardware zur Software

Die außerordentliche wirtschaftliche Macht und die Verbreitung entsprechender Ideologien auf allen verfügbaren Kanälen stellen allein schon eine enorme Einflussmöglichkeit dar. Aber der Apparat will auch gefüttert werden, „verständlich für die Bürger“ (Stiftungstext), die die „exemplarischen Lösungsmodelle“, bereitwillig schlucken sollen. Im Mediengeschäft heißt das „Content Provider“, Inhalte (Gehalt, auch Zufriedenheit) müssen bei den Medienkonsumenten ankommen. Und wirken. Und damit kommt der spannendste Teil, nämlich zur Fragestellung bzw. der Behauptung des Referenten, dass und wie (genau) wir entmündigt und entmutigt werden.

Zunächst macht Rudolph Bauer auf einen Grundwiderspruch aufmerksam, der den grundgesetzlichen Auftrag der vierten Gewalt, einer unabhängigen und kritischen Instanz nicht erfüllen kann:

„Auf der einen Seite sind demokratisch verfasste Gesellschaften darauf angewiesen, dass die Print- und elektronischen Medien der Bevölkerung die Möglichkeit bieten, sich umfassend zu informieren. Die Medien sollen die politische Meinungs- und Willensbildung ermöglichen, auch jenseits von Wahlen und politischen Parteien. Auf der anderen Seite sind die Print- und elektronischen Medien ein immer bedeutender werdender Wirtschaftszweig, der im Zeichen kapitalistischer Produktionsweise profitgesteuert agiert.“

Information, Kommunikation – Querfront

Nun wissen wir aus Erfahrung, dass auch die so genannten öffentlich-rechtlichen Medien nicht ideologiefrei ihrem Unterhaltungs-, Bildungs- und Informationsauftrag nachkommen. Umso aufschlussreicher ist daher die Konkretisierung der manipulativen Eingriffe, die Rudolph Bauer (aufgrund der zeitlichen Begrenzung des Vortrages) auf den Einsatz der sprachlichen Mittel konzentriert.

„Im Überblick lässt sich die Instrumentalisierung der Sprache wie folgt systematisieren:

Erstens werden fortschrittliche Begriffe aus ihrem ursprünglichen Zusammenhang gelöst und so umgemünzt, dass sie reaktionäre Inhalte verschleiern bzw. in verdeckter Weise transportieren.

Zweitens werden gesellschaftliche Entwicklungen und wissenschaftliche Erkenntnisse begrifflich umgedeutet: vom Negativen ins Positive und umgekehrt.

Und drittens werden an Stelle einer kritischen Terminologie neue und unverfängliche Weichspülbegriffe verwendet.

Eine vierte Methode besteht darin, begriffliche Topoi zu verwenden, die nicht präzise definiert sind und dazu dienen sollen, Kritik, die Skandalöses zur Sprache bringt, ihrerseits zu skandalisieren.“

ad 1) fortschrittliche Begriffe verschleiern

Reform (bedeutet Rückentwicklung, Verschlechterung), Solidarität ([„Soli“] kaschiert Lohnsteuererhöhung), Zivilgesellschaft (für formierte/uniformierte (Militär-)Gesellschaft), Bürgerschaftliches Engagement (ersetzt bezahlte Arbeit, macht arbeitslos), Neoliberalismus (ist Kapitalismus, weder neu noch liberal), Wahrung d. Menschenrechte (Legitimation von Kriegen), Willkommenskultur (Folge: Übervölkerung, Frontexlegitimation), usw...

ad 2) a Schönfärben, Euphemismen, (zynisch)

Krieg (Friedenssicherung), Einsatz milit. Gewalt (humanitäre Intervention), Rüstungsforschung (gilt als „dual use“, friedlich verwendbar), Drittmittel für Kriegsforschung (wird erworben mit Freiheit von Forschung und Lehre), Privatisierung staatl. Aufgaben (schlanker Staat), Sozialabbau, soziale Kälte (fördern und fordern), kein soziales Netz (selbstbestimmte Existenz), Rohstoffabhängigkeit (Sicherung der Handelswege), Exportabhängigkeit (Exportweltmeister), Ökonomisierung bei Pflege & Krankheit (Gesundheitskompetenz), Rentenkürzungen (Generationengerechtigkeit), Steuergelder f. Banken (Schutzschirme), usf...

ad 2) b Positives wird Negatives, Schlechtmachen

Längere Lebenserwartung (Alterspyramide, demografischer Wandel), Politischer Widerstand (Terror, begründet Antiterror), usw., usf.,...

ad 3) Neutralisierung kritischer Begriffe

Imperialismus (Globalisierung), Regime Change (Wahrung der Menschenrechte), Kontrolle, Überwachung (Sicherheitsarchitektur), Ausbeutergesellschaft (Leistungsgesellschaft), Ellenbogengesellschaft (Wissensgesellschaft), Selbstausbeutung (Ich-AG), Bundesrepublik

(ist nur noch Deutschland ohne DDR-Vergangenheit), siehe insbesondere hier die Bertelsmann-Kampagne von 2005/2006 „Du bist Deutschland“, die über massive Werbung im Umfeld von Daily Soaps mit jugendlichen ZuschauerInnen den „Kinderwunsch“ etablieren wollte (2)

ad 4) Skandalisieren und Schockieren

Querfront (um die Friedensbewegung als rechts zu diskreditieren), Verschwörungstheorie (um die Erörterung offensichtlicher Zusammenhänge und das Erforschen von Hintergründen prinzipiell auszuschließen; siehe 9/11, NSU & Verfassungsschutz, „Bertelsmann“), Euroskepsis (kritikwürdige Entwicklungen in der EU gegen Einwände abschirmen), Antiamerikanismus (soll die Ablehnung der Nato in Misskredit bringen, den Protest gegen TTIP schwächen), Antisemitismus (um Kritik an der israelischen Besatzungspolitik mundtot zu machen; um Kritik von der Wallstreet und den kriminellen Machenschaften des Finanzkapitals fernzuhalten).

Rudolph Bauer kommt zu dem Fazit: „Der Bertelsmann-Konzern ist in erster Linie ein profitorientiertes Mega-Wirtschaftsunternehmen. Es agiert weltweit als bewusstseinsindustrielles Firmenkonglomerat der globalisierten Ökonomie. Seine gesellschaftliche Funktion besteht darin, im Interesse der herrschenden Klassen sowohl die Politik zu beeinflussen und zu steuern als auch die Masse der Bevölkerung ideologisch zu manipulieren.“ Ist es nicht erschreckend, wie weit diese Ideologie mit ihren Argumentationsmustern sich bereits in „linke“ Diskussionen – sofern sie überhaupt noch stattfinden – hineingefressen hat!?! (af)

(1) <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte>

(2) *Das Bertelsmann-Doppel von Verlag und Stiftung hat in der Bundesrepublik mit dem Hype um Thilo Sarrazin („Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen“, DVA 2010) und der Social-Marketing-Kampagne „Du bist Deutschland“ von 2005/2006 den Boden bereitet für Pegida und eine rechte Partei wie die AfD.*

Rudolph Bauer ist Politikwissenschaftler, Schriftsteller und Bildender Künstler. Von 1972 bis 2002 war er Professor für Wohlfahrtspolitik und Soziale Dienstleistungen im Studiengang Sozialarbeitswissenschaft an der Universität Bremen. 2016 war er zu verschiedenen Vorträgen eingeladen. Im Frankfurter Club Voltaire sprach und diskutierte er: Kann es eine „Querfront von links“ geben? Bis 28. Januar 2017 läuft die Ausstellung seiner Militarismuskritischen Bildmontagen im Berliner Antikriegsmuseum. Siehe hierzu auch NRhZ-Online-Flyer vom 07.12.2016 (Nr. 591 / =23360) „Morde sind wieder in Mode“. www.rudolph-bauer.de



Das Bertelsmann-Imperium, Berlin, Unter den Linden 1, mit Blick zum inzwischen abgerissenen Palast der Republik der DDR foto: arbeiterfotografie.com (2009)

Störenfriede im Betrieb ...

Am 3. Dezember 2016 machte uns der Kölner Journalist Werner Rügemer mit einer Form des Klassenkampfes der Kapitalseite bekannt: dem union-busting.

In den USA ist dieses Schlagwort seit ca. 150 Jahren bekannt. Mit ihm werden alle Aktivitäten seitens des Kapitals bezeichnet, die die Verhinderung bzw. Zerstörung gewerkschaftlicher Organisierung der Arbeiter zum Ziel haben. Bis heute hat sich hierfür eine privatwirtschaftliche Dienstleistungsbranche entwickelt, in der Juristen, Psychologen, Detektive und Mediengestalter entsprechende Konzepte entwickeln.

Mittlerweile gibt es diese Branche auch in der BRD. Vorschub für die aktive Gewerkschaftsbekämpfung hat die während der SPD-Regierung 2003/2004 verabschiedete Agenda 2010 geleistet. Mit ihr wurde der Verkauf von Kapitalanteilen an ausländische Investoren von der Steuer befreit. Diese neue Freiheit nutzten insbesondere nordamerikanische Investoren, die ihr Wissen um das union-busting mitbrachten und hier in die Tat umsetzten.

Ein Beispiel für einen Dienstleister dieser Art ist die Anwaltskanzlei Schreiner (Dr. jur. Dirk Schreiner, 57439 Attendorf). Sie bietet Seminare an, in denen das Management interessierter Betriebe lernt, auf welchen Wegen eine organisierte Interessenvertretung der Arbeiter unterlaufen werden kann. Auf ihrer Internetseite (1) sprechen die angebotenen Themen für sich: Effektive Strategien im Umgang mit schwierigen Betriebsräten, Abbau von Fehlzeiten, Störenfriede im Betrieb etc.

... und wie werden wir sie los?

Die Maßnahmen des union-busting sind vielfältig. Der Einsatz von Detektiven, die juristisch verwertbares Fehlverhalten unbequemer Betriebsräte ausspähen, ist da schon die transparenteste Methode. Perfider jedoch sind Massnahmen, die sich das mangelnde Unrechtsbewusstsein der Justiz zunutze machen. Die Behinderung der Bildung eines Betriebsrates ist zwar nach §119 des Betriebsverfassungsgesetzes eine Straftat, aber das Gros der Staatsanwälte eröffnet auf entsprechende Anzeigen von Betroffenen keine Verhandlung. Begründungen: mangelndes öffentliches Interesse und/oder es sei kein gerichtsverwertbares Beweismaterial vorhanden. Ein weiteres erfolgversprechendes Mittel ist die fristlose Kündigung der Zielperson, wohlwissend, dass die Kündigung geltendem Arbeitsrecht widerspricht. Nicht wenige Betriebsräte oder engagierte Kollegen geben nach oft jahrelangen gerichtlichen Auseinandersetzungen entnervt auf. Betriebliche Konflikte finden ihre Resonanz in den Medien. Und hier ist es von Vorteil, mögliche Solidarisierungen der Bevölkerung im Vorfeld zu unterbinden. So werden mit dem Argument der Betriebsschädigung öffentliche Stellungnahmen von Betriebsräten abgemahnt bzw. die Presse und Fernsehanstalten werden unter Drohung von Klagen dazu gebracht, der Belegschaftsseite keine Möglichkeiten mehr zu geben, ihr Anliegen vorzutragen.

Die Dienstleister kommen jedoch nicht erst, wenn es brennt. Privatwirtschaftliche Berater – wie die Bertelsmann-Stiftung oder das An-Institut Zentrum für Arbeitsbeziehungen und Arbeitsrecht an der Maximilians-Universität in München liefern juristische Argumentationen, auf die die Kapitalseite in betrieblichen Auseinandersetzungen zurückgrei-

fen kann. Die Versuche, Streiks zu kriminalisieren und die Gewerkschaften auf Schadensersatz zu verklagen, basieren auf derartigen quasi-wissenschaftlichen Expertisen. (Beispiele für die Themenfelder, zu denen das Münchener An-Institut arbeitet: (2)).

Eine weitere Stiftung – die Carl-Friedrich-von-Weizsäcker-Stiftung (3) wird ebenfalls gern gehört, wenn es um die Einschränkung von Arbeitsrechten geht. So tragen einzelne Elemente des neuen Gesetzes zur Tarifeinheit die Handschrift der der bayerischen Rüstungsindustrie nahestehenden Stiftung.

Der Erfolg derartiger Gutachten basiert auf einem Manko: im Gegensatz zur DDR hatte die BRD kein einheitliches Arbeitsgesetzbuch. Im Einigungsvertrag (1990) wurde zwar ausdrücklich festgelegt, dass die BRD dieses Manko zu beheben habe. Bis heute ist dies nicht geschehen. Im Gegenteil. Das arbeitsrechtliche Flickwerk gilt nun auch auf dem Gebiet der DDR.

Die Gegenseite hat also viel zu bieten. Und wir?

“Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. ...“

„...Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“ (*)

Die Gewerkschaften in der BRD reagieren politisch hilflos auf die gegen sie systematisch organisierten Angriffe. Der Dachverband DGB rät Betroffenen, sich an die Rechtsabteilungen der jeweiligen Spartengewerkschaften zu wenden – sie begreifen die Angriffe lediglich als einzelne Entgleisungen der Gegner. Einige Spartengewerkschaften beginnen eine organisierte Gegenwehr aufzubauen, scheitern aber in der Regel an mangelndem Personal. So stehen z.B. in Frankfurt der NGG 2 hauptamtliche Betreuer für ca. 2800 Betriebe zur Verfügung.

Das Fundament für die politische Hilflosigkeit wurde in der Gründungsphase der BRD gelegt. Die Marshall-Hilfe wurde dem von den westlichen Alliierten kontrollierten Teil Deutschlands u.a. nur unter der Bedingung gezahlt, dass Kommunisten aus Gewerkschaftsfunktionen ausgeschlossen wurden. Damit fehlten den Gewerkschaften in der Aufbauphase Menschen, für die das Wissen um die unveröhnliche Gegnerschaft von Kapital und Arbeit eine Selbstverständlichkeit war. Dann folgte der kalte Krieg und die schon während der Zeit des deutschen Faschismus praktizierte Sozialpartnerschaft lebte unter neuen Rahmenbedingungen wieder auf. Mit sozialen Zugeständnissen verhinderte das Kapital ein zu großes Interesse der bundesrepublikanischen Arbeiterklasse an den arbeits- und sozialrechtlichen Standards in der DDR. Bekannt ist vielen der Ausspruch vom unsichtbaren Tarifpartner. Folglich wurden die Gewerkschaften mehr als Dienstleistungs- denn als Kampforganisation wahrgenommen. Sie besicherten ihren Mitgliedern regelmäßig höhere Lohntarife als Ergebnis partnerschaftlicher Verhandlungen mit der Kapitaleseite. Und als die rauhe kapitalistische Realität nach 1989 langsam zurückkehrte, hielten die Gewerkschaften am althergebrachten Muster fest und erfanden hierfür Begriffe wie Co-Management und Standortsicherung.

Ein weiteres Manko für eine effektive Gegenwehr liegt in der Struktur der Gewerkschaften – auf deren Entstehung die westlichen Besatzungsmächte vorausschauend Einfluss nahmen: anstelle einer starken Einheitsgewerkschaft nimmt der DGB lediglich die Funktion eines Dachverbandes eigenständiger Spartengewerkschaften wahr.

!Solidarität mit den Störenfriedern!

Dennoch existieren betriebliche Auseinandersetzungen. Allein die Tatsache, dass in ca. 80% der Betrieben kein Betriebsrat existiert und ca. 2 Milliarden unbezahlte Überstunden jährlich geleistet werden, fordert Widerstand heraus. Nur wird es angesichts der oben beschriebenen Gegenmacht immer schwerer, die Konflikte über den Betrieb hinaus bekannt zu machen und damit Solidarisationen mit anderen Betrieben zu organisieren.

Die Kölner Initiative aktion ./ arbeitsunrecht (4) leistet hier seit ca. 3 Jahren wertvolle Hilfe. Gegründet vom Referenten und dem Journalisten Elmar Wiegand (u.a. Aufbau der konzernkritischen Online-Enzyklopädie Lobbypedia) ist es mittlerweile ein wichtiges Vernetzungsprojekt, in dem Lohnabhängige, Betriebsräte, Gewerkschafter, Journalisten und Rechtsanwälte ihre Erfahrungen und ihr Wissen austauschen können. Darüberhinaus ist es das Ziel der Initiative, Öffentlichkeit für die Arbeitskämpfe herzustellen. An jedem Freitag, dem 13ten, werden die zuvor per Internet-Abstimmung gekürten abeiterfeindlichsten Betriebe mit entsprechende Aktionen an den öffentlichen Pranger gestellt. Vorbereitet werden die Aktionen auf Aktions-Konferenzen von interessierten Mitmachern an den jeweiligen Standorten. Der kommende 13te Freitag wird in den Januar 2017 fallen. Sieger der Wahl ist diesmal die Median Krankenkassette (5).

Werner Rügemer hatte auf unserer Veranstaltung nur Zeit für wenige Details, um das Problem des union-busting zu beschreiben. Für ausführlichere Informationen wird (**) empfohlen. Ein wichtiges Ergebnis unserer Veranstaltung aber war der Einblick in den wohlorganisierten Klassenkampf der Kapitaleseite. Uns wurde nochmals die Notwendigkeit vor Augen geführt, es ihnen gleichzutun. Geltende Rechtsprechung ist ja immer Ausdruck von Machtverhältnissen und je machtloser, d.h. je unorganisierter wir sind, desto weniger werden wir unsere Ansprüche in Rechtsform durchsetzen können. (fox)

Fundgrube www

(1) www.schreiner-praxisseminare.de

(2) www.zaar.uni-muenchen.de/zaar

(3) www.cfvw.org

(4) aktion.arbeitsunrecht.de/de

(5) arbeitsunrecht.de/freitag13-median-kliniken-gewinnen-mit-abstand/#more-9984

Fundgrube Papier

(*) Karl Marx: Lohn, Preis, Profit, MEW Band 16, S. 101–152.

(**) Werner Rügemer, Elmar Wiegand: Die Fertigmacher: Arbeitsunrecht und professionelle Gewerkschaftsbekämpfung

Werner Rügemer und Elmar Wiegand:
Die Fertigmacher – Arbeitsunrecht
und professionelle Gewerkschafts-
bekämpfung
2. Auflage 2015, Papyrossa,
Neue Kleine Bibliothek 202,
238 Seiten, 14,90 EUR



KLASSIKER

Friedrich Engels
Die Arbeiterbewegung
in Amerika 1887

Da die arbeitenden Massen die Gemeinsamkeit ihrer Beschwerden und Interessen fühlen, ihre Solidarität als Klasse gegenüber allen anderen Klassen; dass sie, um diesem Gefühl Ausdruck und Wirksamkeit zu geben, die zu solchem Schritt in jedem freien Lande bereitgehaltene politische Maschinerie in Bewegung setzen – das ist immer nur der erste Schritt. Der nächste Schritt besteht darin, das gemeinsame Heilmittel für diese gemeinsamen Leiden zu finden und in dem Programm der neuen Arbeiterpartei zum Ausdruck zu bringen. Und dieser Schritt – der wichtigste und schwierigste der ganzen Bewegung – ist in Amerika noch zu tun.

Eine neue Partei muss ein bestimmtes positives Programm haben, ein Programm, dessen Einzelheiten wechseln mögen mit den Umständen und mit der Entwicklung der Partei selbst, aber immerhin ein Programm, worüber die Partei in jedem gegebenen Augenblick einig ist. Solange dieses Programm noch nicht herausgearbeitet ist, solange wird auch die Partei nur noch als Keim existieren; sie mag lokale Existenz haben; aber keine nationale; sie mag eine Partei sein ihrer Bestimmung nach, aber noch nicht in der Wirklichkeit.

Knights of Labor - Ritter der Arbeit

„Telegrafen und Telefone hat es im Jahr 1886 schon gegeben. Hätte es auch schon Radio gegeben, dann hätte eine Reportage über diesen 1. Mai sich so angehört, wie meine Kollegin Mischl Steinbrück ihn jetzt vorträgt.“ Mit diesen Worten leitet Karl C. Fischer, Kölner Schriftsteller und Mitglied im Verband deutscher Schriftsteller in ver.di (VS), die Premiere eines gemeinsam mit Mischl Steinbrück, Schauspielerin und ebenfalls VS-Mitglied, erarbeiteten packenden Kurzfeatures ein - über die Geschichte der Arbeiterkämpfe um bessere Arbeitsbedingungen, um angemessenen Lohn und vor allem um den 8-Stunden-Tag. Dieser wurde in den USA erst 52 Jahre später verwirklicht. In Deutschland immerhin „schon“ nach 32 Jahren. Resümee des leidenschaftlichen Vortrags der in Köln lebenden Wienerin Mischl Steinbrück: „Kern der Forderung bleibt die Arbeitszeitverkürzung“, damit Zeit bleibt, um an der Politik mitwirken zu können, Zeit, um für den Frieden arbeiten zu können ... und „damit wir alle Arbeit haben!“.

Es geht um Streik, der sich wie ein Fest anfühlt. Es geht um die Ritter der Arbeit, die Knights of Labor. Es geht um „Überzeugungen“, die Forderungen ließen sich nur „mit Bomben“ verwirklichen. Es geht um eine Bombe, die tatsächlich am 4. Mai 1886 in einer friedlichen Versammlung am Haymarket hochgeht. Menschen sterben, vermeintliche Täter werden hingerichtet. Aber wer waren die Täter oder die „Hintermänner“? Jahre später werden die Urteile

als Fehlurteile ausgewiesen. In der Bevölkerung – und unter Gewerkschaftsmitgliedern – aber war damit die Forderung nach dem 8-Stunden-Tag mit der Bombe verbunden und damit verpönt. Wer trug daraus den Nutzen? Déjà vu?

„Aber letztendlich kam alles zusammen: Kritik an den autokratischen Strukturen, Missmanagement, erfolglose Streiks, Flügelkämpfe, das mangelnde Vertrauen in eine nationale Gewerkschaftsorganisation sowie die Gründung einer rivalisierenden Gewerkschaft, der American Federation of Labor, führten schließlich zu massenhaften Austritten.

1890 zählten die Knights of Labor bereits weniger

als 100.000 Mitglieder.“ So beurteilt

das „neutrale“ Internetlexikon Wikipedia den

Untergang „in die Bedeutungslosigkeit“ der

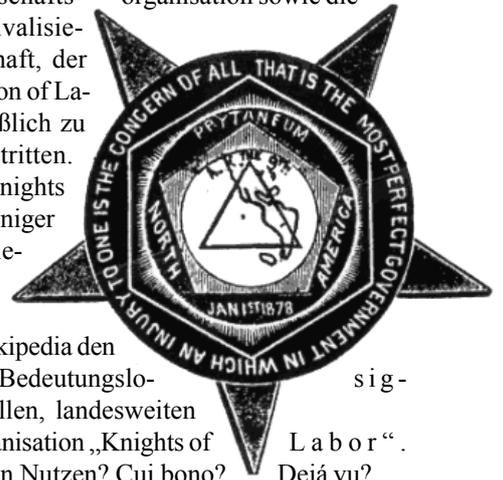
machtvollen, landesweiten

Gewerkschaftsorganisation „Knights of

Labor“.

Wer trug daraus den Nutzen? Cui bono?

sig-
Labor“.
Déjà vu?



Knights of Labor - Ritter der Arbeit – Eine fiktive Reportage zum 1. Mai 1886 in Chicago

Idee: Karl C. Fischer, Manuskript: Mischl Steinbrück

Vortrag: Mischl Steinbrück und Karl C. Fischer

Veranstaltung des VS (Verband deutscher Schriftsteller) in ver.di mit Premiere am 1. Mai 2016 in Köln zu Beginn der Gewerkschaftsdemonstration vor dem DGB-Haus.

NRhZ-Online-Flyer Nr. 560 vom 04.05.2016

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=22752>

Filmclip Von Arbeiterfotografie (ca. 11 Min.)

<https://youtu.be/UxIFOULiPuuXIFOULiPuu>

Kanal arbeiterfotografie



PARTEIISCHKEIT

ANTI-Semitismus und ANTI-Amerikanismus der besonderen Art

Bank für Sozialwirtschaft kündigt Konto einer jüdischen Friedensorganisation

Infolge des Drucks einer rechtsnationalistischen Schmutzkampagne kündigte die Bank für Sozialwirtschaft das Konto des Vereins „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“. Bankangehörige verletzten dabei das Bankgeheimnis. Namhafte Politiker und Organisationen protestieren gegen diesen Angriff auf die Meinungsfreiheit. Die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ (JS) wurde vor 13 Jahren als deutsche Sektion der „European Jews for a Just Peace“ gegründet. Seitdem wirkt sie hierzulande und in der EU für die Verwirklichung der universellen Menschenrechte in Israel und Palästina sowie für eine gerechte Friedenslösung zwischen beiden Völkern. Der Hauptzweck des Vereins besteht darin, Personen jüdischer Herkunft eine Plattform zu bieten, sich für die oben genannten Ziele und für ein friedliches Zusammenleben jüdischer und palästinensischer BürgerInnen hierzulande zu engagieren.

Konto ohne Angabe von Gründen gekündigt

Vor sechs Wochen traf ein Schreiben der Bank für Sozialwirtschaft AG ein, bei der die JS ihr Vereinskonto hat. Darin wurde dieses ohne Angabe von Gründen zum Jahresende gekündigt. Bald danach bekam der Vorstand der JS eine E-Mail mit Fragen zur Kündigung des Kontos von einem Journalisten namens Benjamin Weinthal. Vonseiten der JS wurde jedoch niemand über die Kündigung informiert. Weinthal ist für die rechtspositionierte Zeitung „Jerusalem Post“ tätig und dafür berüchtigt, gemeinsam mit rechtsradikalen israelischen Organisationen und PolitikerInnen, Verleumdungskampagnen gegen Menschenrechtsorganisation zu führen. Seine E-Mail-Anfrage blieb unbeantwortet. Dennoch publizierte er einen Artikel über die Kündigung des Vereinskontos und verbreitete zudem diffamierende Unterstellungen über die JS. Aus dem Artikel geht hervor, dass Bankangehörige den Journalisten über den Stand unseres Kontos informierten. Dies stellt eine grobe Verletzung des Bankgeheimnisses dar. In einem persönlichen Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Bank wurden dem Vorstand der JS später explizit die politischen Einstellungen und Aktivitäten als Grund für die Kündigung genannt.

Dem Grundgesetz zuwider

Die Schließung unseres Kontos sehen wir als Teil einer umfassenden anti-demokratischen Kampagne der Netanjahu-Regierung und ihrer UnterstützerInnen, Organisationen, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte in Israel-Palästina einsetzen, mundtot zu machen. In den vergangenen Jahren wurden mehrere Gesetze von der israelischen Regierung verabschiedet, deren Zweck es ist, die Arbeit israelischer Friedensorganisationen unmöglich zu machen und besonders ihre finanzielle Eigenständigkeit zu sabotieren. Dass deutsche Institutionen dieses repressive und gegen das deutsche Grundgesetz stehende Vorgehen importieren, erachten wir als jüdische Minderheit als besonders bedrohlich. Wir sind schockiert davon, dass eine Institution wie die Bank für Sozialwirtschaft AG sich dem Druck eines rechten Kampagnenjournalisten beugt und ihm Bankgeheimnisse verrät. Dass die Bank dabei das Konto einer jüdischen Organisation zu schließen wagt, weil sie sich für die jüdischen Werte der Gerechtigkeit und der Achtung der Menschenwürde engagiert, empfinden wir als äußerst skandalös.

Beispielloser Fall politischer Zensur

Trotz solidarischer Proteste zahlreicher Organisationen wie Pax

Christi, IPPNW, der Internationalen Liga für Menschenrechte sowie mehrerer Bundestagsabgeordnete der Linken, der SPD und der Grünen, war die Bank nicht von der Kündigung abzubringen. Befreundete AktivistInnen und Organisationen haben der JS gegenüber erklärt, dies sei ein beispielloser Fall der politischen Zensur einer jüdischen Vereinigung in der Bundesrepublik Deutschland. Sie würden dies nicht akzeptieren können und beabsichtigten, ihre Konten bei der Bank für Sozialwirtschaft AG aus Protest zu kündigen.



Pressemitteilung der „Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost“, www.juedische-stimme.de
NRhZ-Online-Flyer Nr. 591 vom 07.12.2016 / =23349

Sehr geehrter Herr Dr. Maly, darf ich Sie bitten, mir mitzuteilen, was Sie zum Einspruch gegen die Ausstellung zu Ehren des Gründers der "Kölner Klagemauer", des kürzlich verstorbenen Walter Herrmann innerhalb der "Linken Literaturmesse" in Nürnberg bewogen hat? Der angesehene französische Diplomat (eine nur ihm zugekommene Auszeichnung der Republik: "auf Lebenszeit"!) Stéphane Hessel, der mir die Ehre erwies, mich als sein Freund zu bezeichnen... hatte die Klagemauer auf der Kölner Domplatte in vollem Bewusstsein ihrer Bedeutung aufgesucht und Walter Herrmann damit unterstützt. Aber, Hessel, der französische Widerstandskämpfer und Mann der 1. Stunde bei den Vereinten Nationen (NY 1948, nur 3 Jahre nach seiner Flucht aus dem KZ Buchenwald!) war beileibe nicht der Einzige, der die Bedeutung von Walter Herrmanns Klagemauer zu würdigen wusste. Frau Hecht-Galinski hatte die Klagemauer gemeinsam mit mir anlässlich einer Diskussionsveranstaltung Professor Grossers (Paris) mit Dr. Paul Oestreicher (GB) und einem Freund Rupert Neudeck in der Kölner Karl-Rahner-Akademie aufgesucht. Kaum eine deutsche Stadt ist gleichermaßen zur Würdigung der Gedanken des Walter Herrmann und seiner Dauerausstellung gegen Unterdrückung auf der Kölner Domplatte aufgerufen, als die Stadt Nürnberg...

Auszug eines (von zahlreichen) Protestschreibens von Günter Schenk, Strasbourg, Membre du Collectif Judéo Arabe et Citoyen pour la Palestine, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1966), zum Klagemauer-Ausstellungsverbot. „Ein ungeheuerlicher Vorgang! Verstoß gegen Artikel 5 unseres Grundgesetzes!“
NRhZ-Online-Flyer Nr. 588 vom 16.11.2016 / =23299

Es sind ausgerechnet diese Ankündigungen, die den Regime-Change-Fanatiker und Financier von "NGO"s und "Farbenrevolutionen" George Soros und die "Democracy Alliance" veranlassten, gemeinsam mit den Clinton-Truppen zum Krieg gegen Trump zu blasen, um seine Präsidentschaft zu verhindern oder zu erschweren. Und es sind die Transatlantiker in der EU und in Berlin, die wegen Trumps Ankündigung zu Russland in Hysterie verfallen. Sie sind es, die gegenwärtig die Aufrüstung hierzulande und die Bildung einer EU-Armee forcieren, die bereits von einer EU-Nuklearstreitmacht schwadronieren und dies mit ihrer Sorge vor einem möglichen US-Rückzug aus der NATO zu rechtfertigen suchen. Kriegsministerin Ursula von der Leyen warnt Trump vor einer Annäherung an Russland und die Friedensbewegung hierzulande wird nun aufgerufen, Trump zu stoppen und das ausgerechnet wegen seiner angekündigten Russlandpolitik? Wie soll das zusammenpassen, hier fehlt jede Logik!

Stellungnahme zum Aufruf "Auf den Straßen und Plätzen weltweit: Trump stoppen!" Doris Pumphrey: Warum ich den Aufruf nicht unterstütze (komplett NRhZ Nr. 591 vom 07.12.2016 / =23373)

TERMINE / kurz und knapp

Revolution statt Krieg

Das kommende Jahr ist das Jahr von 100 Jahre Oktoberrevolution. Die internationale Aktionseinheit „Klassenkampf statt Weltkrieg“ hat sich zum Ziel gesetzt, den Jahrestag der Oktoberrevolution in Leningrad mit einer Manifestation unter der Losung „Revolution statt Krieg“ zu begehen. Erste Gespräche mit revolutionären Organisationen in Russland wurden geführt und diese für den Plan gewonnen. Noch gibt es vieles zu klären und Hürden zu überwinden, damit wir wirklich in Leningrad sein werden. Zur Vorbereitung werden die Unterstützer dieser Aktion im Frühjahr 2017 in mehreren Städten an Aktionstagen an die revolutionären Traditionen in diesem Land erinnern und zeigen, wie aktuell die gemachten Erfahrungen und Lehren daraus sind. In NRW wird es Aktionstage (24.-26. März) in Köln geben.

Köln ist die Stadt der Neuen Rheinischen Zeitung, die mit ihrem Chefredakteur Karl Marx das politische Zentrum der konsequenten Revolutionäre und insbesondere der revolutionären Arbeiter in der 1848er-Revolution war. Marx lehrte die Arbeiter, dass sie ihre eigenen Klasseninteressen erkennen und ihre Klassenorganisation (ihre Partei) aufbauen müssen, dass sie ihre Zukunft nur erkämpfen können, wenn sie keine Kompromisse mit der Bourgeoisie eingehen. (Und damit die Menschheit in das Reich der Freiheit führen.) Köln in der Novemberrevolution 1918, das war ein Beispiel dafür, wohin es führt, wenn die Arbeiter dies vergessen: ein „Arbeiter- und Soldatenrat“, in dem keine Arbeiter und keine Soldaten waren, der von dem Sozialdemokraten Sollmann (ein politischer Vertreter der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung) so geleitet wurde, dass Hindenburg dies „vorbildlich“ fand und mit einem „Wohlfahrtsausschuss“ mit Konrad Adenauer an der Spitze. In Bremen und in Bayern wird die Räterepublik im Mittelpunkt stehen, in Dresden die Lehren aus der Arbeiterregierung (1923) in Sachsen und Thüringen, in Hamburg der Arbeiteraufstand vom Herbst 1923 und in Frankfurt die Revolution von 1848.

Volker Veese

Nähere Informationen auf der Internet-Seite: www.himmelschevier.de und auf der Seite vom Unterstützerkreis in Köln: www.H4inKoeln.blogspot.de, Kontakt: Max Hirdes, Innere Kanalstr. 220, 50670 Köln, 0221-99206718.

Dort findet sich auch die Erklärung der internationalen Aktionseinheit zum Projekt Leningrad 2017 (Auszug): „Die Großmächte, darunter an erster Stelle Deutschland wie die USA, für die Europa ein Aufmarschgebiet eines kommenden Weltkriegs ist, sind sich darüber gewiß, daß sie die Großmacht Revolution geschlagen, aber nicht besiegt haben. (...) Die europäischen Völker sind nicht hoffnungslos verloren, wenn sie ihrer eigenen Geschichte treu bleiben, die beinhaltet: Daß sie der Garant des Friedens gegen den Krieg sind; daß sie der Garant dadurch sind, daß sie ihre eigene Geschichte in der heutigen Zeit zur Anwendung bringen und fortführen. (...)“

Ortsverband Köln mit neuem Vorstand

Die ordentliche Mitgliederversammlung des Ortsverbands Köln wählte am 10. Dezember 2016 einen neuen Vorstand bestehend aus Vorsitzendem (Richard Tokarski), stellv. Vorsitzender (Manu Bindemann), Kassierer (Heinz Zimmermann), Ute Reiter (Schriftführerin) und einer Beisitzerin (Anneliese Fikentscher). Da die Revision eines Teilbereichs der Kölner Kasse noch nicht erfolgen konnte, soll die Entlastung zeitnah (Anfang 2017) auf einer außerordentlichen MV erfolgen. Neben der Durchführung von Veranstaltungen mit kompetenten ReferentInnen und dem regelmäßigen Freidenker-Treff obliegt den KölnerInnen die organisatorische Verwaltung des NRW-Freidenkerzentrums, in dem auch befreundete Organisationen wie DKP und SDAJ gegen Entgelt tagen.

Samstag, 17. Dezember 2016, 15/17 Uhr, Köln, FD-Zentrum
Filmvorführung „Ich sah die Geburt einer neuen Welt.“ Zum Jahresabschluss und in Vorbereitung auf 100 Jahre Oktoberrevolution zeigt der Landesverband NRW den Film nach dem Buch des US-amerikanischen Journalisten John Reed (1887–1920), der einer der wenigen ausländischen Zeitzeugen der ersten 10 Tage der russischen Revolution in Petrograd war. Im Vorwort zu seinem Buch „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“ schreibt er: Dieses Buch ist ein Stück geballte Geschichte – Geschichte wie ich sie selbst erlebt habe. ... Noch heute, ein Jahr nach der Konstituierung der Sowjetregierung, gehört es zum sogenannten guten Ton, den bolschewistischen Aufstand ein „Abenteuer“ zu nennen. Ein Abenteuer war es, und eines der herrlichsten, das die Menschheit aufzuweisen hat. Anschließend Jahresabschluss-Feier.

Jeden 1. Sonntag im Monat, 11 bis 13 Uhr, Duisburg
Kaiser-Wilhelm-Straße 284 zum Thema: Die Geschichte der Arbeiterbewegung – mit „Marx in Marxloh“, Vorstellung der Werke und des Wirken von Karl Marx. Eine Bildungsreihe der DFV-Gruppe Duisburg, die sich mit dem Wirken von Karl Marx, dem genialen Denker, Humanisten und Revolutionär befasst. Gegen Spende gibt es ein Frühstück. Telefonische Anmeldung bei Elfie Reiners unter 0203/597388

Jeden zweiten Mittwoch im Monat ab 19 Uhr, Bonn
im Bonner Freidenker-Treff in der "Olive", Brüdergasse 12
Wer regelmäßig eingeladen werden möchte, schicke bitte eine eMail an Klaus von Raussendorff: raussendorff@web.de

Jeden letzten Donnerstag ab 17 Uhr, Köln, FD-Zentrum
Die Kölner Freidenkerinnen und Freidenker und Interessierte treffen sich jeden letzten Donnerstag im Monat ab 17 Uhr im Freidenkerzentrum. Wir diskutieren in lockerer Runde über politische und philosophische Themen.

VERANSTALTUNGEN IM NRW-FREIDENKER-ZENTRUM, 50678 KÖLN, BAYENSTRASSE 11
(erreichbar mit KVB-Linie 15 u. 16 Haltestelle "Ubierring" bzw. KVB-Bus-Linie 106 Haltestelle "Rheinuhafen")

Sonntag, 14. Januar 2016, 13-15 Uhr, Berlin
Am Tag der traditionellen LLL-Demo gibt sich der Vorsitzende des Deutschen Freidenkerverbandes, Klaus Hartmann, zum wiederholten Male im Gespräch mit Dr. Seltsam die Ehre. Allumspannendes Thema: „Die Welt und der Rest“. Brauhaus Südsterne, Hasenheide 69, Berlin-Kreuzberg, U7 Station Südsterne Richtung Hermannplatz. (Achtung: Nicht S-Bahn Südkreuz!)

*frei*BRIEF ist das Organ des Landesvorstandes
NRW des Deutschen Freidenker-Verbands e.V.
GESCHÄFTSSTELLE:
Bayenstrasse 11, 50678 Köln

LANDESVORSITZ:
Brigitte Streicher
Kleybredde 100A, 44149 Dortmund
Tel.: 0231 756252, Email: foxx@free.de
Bank: Deutscher Freidenker-Verband, Volksbank
Bonn Rhein-Sieg Kto.-Nr. 1902493014 (BLZ 38060186)
ab 2014 IBAN: DE06 3806 0186 1902 4930 14
BIC: GENODE11BRS

INTERNET
www.nordrhein-westfalen.freidenker.org/cms

*frei*BRIEF-REDAKTION
Martin Großkopf
Talweg 12, 53842 Troisdorf, Tel: 02241-3011909,
eMail: wickedbighead@gmx.de
Brigitte Streicher
Anneliese Fikentscher (Gestaltung)

REDAKTIONSSCHLUSS
*frei*BRIEF NRW-Info 2017-1: 15. Februar 2017

ccaaff@2016

Die Rede

Standarten künden Großes an
Und Mikrofone sind gerichtet
Soeben Limousinen vorgefahren
Schon durch das Volk gerichtet

Da: ER! – Katheder wichtig
Sein Sekretär hat eine gute Hand
Jetzt räuspert, Manuskript gewichtig
Dann hebt er strahlend an:

Deutschland ist demokratisch
Wasser, das ist naß
Quadrate sind quadratisch
Nichts ist zumindest das

Krawatte, gattinnengefällig
Revers mit Mitgliedschaft garniert
Nennt seine Worte „immerfällig“
Claqueure sind instruiert

Natürlich ist auch ein Feind da
Dem droht er mit der Faust
Im Schutz von Gott und Gorillas
Jetzt holt er wieder aus

Er bleibt im Allgemeinen
Spezielles wär' zu kompliziert
Das Volk nennt er gerne „das seine“
Der Volksfeind wird fotografiert

Am Ende ein Satz mit „Wir werden...“
Und was, das gibt wieder die Faust zu verstehen
Wir wollen es noch einmal hören
Und wem's nicht paßt Der kann ja nach drüben gehen

*Text entnommen aus der deutschsprachigen
Rhythm and Blues LP „Magengesicht“, der Gebrüder Engel von 1980.*



Die freiBRIEF-Redaktion wünscht allen
Mitgliedern einen erholsamen Jahres-
wechsel – weiterhin Klarsicht und
Kampfesmut in 2017!

Unseren Kranken wünschen wir
Genesung und Einsatz nach Kräften.



ETWAS über die Gebrüder Engel

Die Single „Fassade/Skandal“ war bereits bei EMI gepresst, aber zur Auslieferung kam es nicht. Namhafte CDU-Politiker zeigten sich entsetzt über die angebliche „Verunglimpfung“ eines der ihren. Der NDR legte noch eins drauf und setzte gleich die ganze Gruppe auf die „Schwarze Liste“. Eine Drohung von CDU-Hardliner Gerhard Stoltenberg, notfalls den Staatsvertrag mit dem Norddeutschen Rundfunk zu liquidieren, hatte die Verantwortlichen umgehend auf Kurs gebracht. Dabei hatten sich die Gebrüder Engel anlässlich einer Serie von Lauschangriffen nur einige Gedanken darüber gemacht, wie es wohl einem Politiker ergehe, der heimlich bei einem kleinen Privatorgie fotografiert würde.

Fassade "Da gibt es wirklich Typen aus dem Schauge-

schäft Die geben vor sozial zu sein Sie lassen sich herab in den Proletensumpf Und die Medien steigen ganz groß ein Fassade - Fassade Schlag sie ein und Dir wird besser sein Sie machen dann auf Kumpel und für jedes Problem Kommt gut trainiert ein frommer Spruch Und die Betroffenen von soviel Engagement tief bewegt Unterstützen selbst den ganzen Betrug Fassade ... Die meisten sind gerührt, dass so ein großer Star Sie sucht in Ihrer kleinen Welt Sie schildern ihm die Scheisse Ihrer Situation Allein der Macht daraus noch sein Geld Fassade - Fassade Schlag sie ein und Dir wird besser sein"

http://www.zensur-archiv.de/index.php?title=Musik_-_Lexikon#Gebr.C3.BCder_Engel